

Volks-Zeitung

Dreihundertfünfzigster Jahrgang.

Nr. 400.

Halle, Mittwoch, den 27. August.

1919.

Ende des oberschlesischen Generalstreiks.

Arbeitsaufnahme in Oberschlesien.

WBT. Kattowich, 27. August. Die Pressestelle des Staatskommissars Kattowich meldet: Der Generalstreik kann für so gut wie erledigt gelten. Volk arbeiten alle staatlichen Werke und das Rudolpher Revier. Das Zentralrevier arbeitet ebenfalls voll, bis auf die Antonienhütten-Gruben, wo nur 80 bis 40 Prozent arbeiten. Im Plessner Revier arbeiten durchschnittlich 40 bis 60 Prozent. Die Arbeitsaufnahme der oberschlesischen gesamten Belegschaften beträgt 60 Prozent.

Die Untersuchungs-Kommission in Oberschlesien.

Moscow, 26. Aug. Die Entente-Untersuchungskommission langte heute morgen in Gliwiz an, wo sie die ersten Erhebungen vornahm. Die Aufschlüsse wurden von dem Kommando der 117. Infanterie-Division erteilt. Die Dauer des gesamten Aufenthaltes im Industriegebiet ist auf 3 bis 4 Tage veranschlagt. Ganz besonders besaßen die Arbeiter die Gegen die Aufständischen werden aus Kolzbin-Schoppitz überdrückt werden. Führer des Aufstandes waren dort Polen deutscher Staatsangehörigkeit. Sie sollten Pläne auf über die zu verhaftenden deutschen Bewohner und richteten in den Schächeln die Ausbildung polnischer Kräfte ein. Bei den Hausdurchsuchungen wurde ein Bündel von 100 Kisten gefunden, welche bei der aufständischen Polen eine Rolle spielten. Schandbare Mordhandlungen schwererwundener Deutscher, fortgesetzte Bedrohungen und Diebstähle sind festgesetzt und in den Akten niedergelegt. — Trotz der augenblicklichen Ruhe bereiten sich neue Stürme vor. Die radikalen politischen Elemente stellen in voller Deutlichkeit neue Erhebungen in Aussicht, bis Oberschlesien in ihrer Hand ist. Der Mut wird ihnen gestärkt, weil die polnischen Zeichnungen, die der Warthauer Regierung nicht fernhalten, erklären, daß man keineswegs die Entschädigung der Entente abwarten möchte. Im Industriegebiet arbeiten heute etwa 75 Prozent. Besonders bösartig ist der Streik auf dem Gruben bei Antonienhütte, wo nur 20 Prozent einsehbar. Auf der Grube Gottmitz sind überhaupt nicht gearbeitet. Der Betrieb wird von der Verwaltung stillgelegt werden, da er nicht mehr lohnt. Der Arbeitswahn, den der kommandierende General besessen hat, verlagte hier vollkommen.

Vor neuen polnischen Angriffen?

Personen, die aus Breslau über die Grenze gekommen sind, berichten von sehr starken Truppenansammlungen auf der polnischen Seite. Man schätzt die Zahl der Ueberläufer aus den oberschlesischen Gebieten und die polnische Legion auf 80.000 Mann. Es sind Berichte an die deutschen Dienststellen gelangt, denen zufolge ein großer Angriff auf Gliwiz im Laufe des 1. Septembers vorbereitet ist. Selbstverständlich behörden diese Mitteilungen, so betont die Deutsche Wg. Ztg., nach der Bestätigung. Amtlicherseits wird ihnen jedoch Bedeutung ausgesetzt.

Zuspühung des amerikanisch-japanischen Konfliktes.

Saga, 26. Aug. Wie in Londoner diplomatischen Kreisen verlautet, wird Japan gegen Wilsons Wunsch, die Insel Yap im Stillen Ocean Amerika anzugliedern, protestieren. Japan behauptet, daß es nicht gestattet ist, diese Insel Amerika anzugliedern, weil sie in dem großen Krieg, der an Japan abgetreten werden soll, liegt. Bekanntlich wollte Amerika dort eine Rebellion errichten.

Nordamerikas Strafzug gegen Mexiko.

WBT. Amsterdam, 27. Aug. Laut "Telegraph" meldet "Interim Gazette" aus New York, daß Wilson eine lange Unterredung mit Lansing über die mexikanische Frage hatte und daß sich die Vereinigten Staaten weigern werden, ihre Truppen zurückzuführen, bevor alle Banditen, die an der Grenzangriffnahme der amerikanischen Pfleger beteiligt waren, bestrafte worden sind.

Die kommende Volksabstimmung in Ostpreußen.

Forna, 27. August. (Eigene Drahtnachricht.) Zur Einbringung der Volksabstimmung in Ostpreußen gibt der polnische Volksrat für Ermland — Nationalrat der polnischen Bevölkerung dieser Provinz bekannt: Die Apokalyptik-Kommission, welche das Abstimmungsgebiet übernimmt, wird sämtliche oberen Verwaltungsbeamten, wie Regierungspräsidenten, Regierungsräte, Landräte und Bürgermeister von ihren Posten entfernen. Inwieweit sollen gewisse werden Gemeinderäte und andere Staatsbeamte, welche irgend einen Draht auf die polnische Bevölkerung ausüben könnten. Die auf diese Weise bestellten Stellen werden für die Zeit bis

Volksabstimmung durch die Entente-Kommission mit geeigneten Stellen, Polen oder gerechtfertigten Deutschen, besetzt werden. Wir fordern die polnische Bevölkerung der Abstimmungsgebiete auf, uns umgeben mitzutheilen: 1. Die Namen derjenigen höheren und niederen Beamten, welche durch ihre antipolnische Tätigkeit sich unmöglich gemacht haben zur Ausübung ihres Berufes für die Zeit der Volksabstimmung, wofür Beweismaterial nach Möglichkeit beizubringen ist; 2. die Namen von Polen und gerechtfertigten Deutschen, welche die Stellen der entfernteren Beamten vorübergehend übernehmern könnten. Die Zusammenstellung wird zuvor schriftlich geprüft und den maßgebenden Volksabstimmungsbehörden vorgelegt werden.

Die Regierung und die Eisernen Division.

Berlin, 27. August. (Eig. Drahtnachricht.) Zur Beherrschung der Eisernen Division, das Volkstum zu verlassen, hören wir, daß die Stellungnahme der Regierung erst im Laufe des heutigen Tages erfolgen wird, da durch die Abwesenheit einiger Regierungsmitglieder eine festere Entscheidung nicht möglich ist. Von einer dem Kanzler nahestehenden Seite wird uns mitgeteilt: Es unterliegt keinem Zweifel, daß das eigenmächtige Vorgehen der Truppen nicht aufgegeben werden kann. Aber der Regierung fehlen die Nachmittel, ihren Wünschen gegenüber der Eisernen Division den gehörigen Nachdruck zu verleihen.

Der Kampf gegen die Bolschewisten.

Eine bolschewistische Gegenoffensive an der Pflow-Front.

WBT. Amsterdam, 27. Aug. Die "Times" melden aus Helsinki, daß die Finnen, Estländer und Russen wahrscheinlich nicht in der Lage sein werden, Petersburg noch vor dem Winter zu besetzen. Die Estländer sind nicht geneigt, zu marschieren, bevor die Militären ihre Unabhängigkeit formell anerkannt haben, während die finnische Mitarbeiter zweifelhaft ist, seitdem die finnischen Sozialdemokraten Plannervism bei den Präsidentschaftswahlen verfolgen haben. Man erwartet, daß die Bolschewisten an der Pflow-Front eine starke Offensive unternehmen werden, um einen Durchbruch zu versuchen. Augenblicklich wird eine große bolschewistische Truppenmacht an dieser Front zusammengezogen. In Finnland führen die Bolschewisten eine lebhafte Propaganda. Große Mengen bolschewistischer Literatur sind über die Grenze gebracht worden, besagliche sind jakobische Gewehre und Bomben, sowie eine große Menge Munition nach Finnland geschmuggelt worden. Die "Brand" spricht die roten Truppen an, an der Petersburger Front einen entscheidenden Schlag zu führen. Trotz ist an der Front sehr tätig. In dem für ihn referierten Eisenbahnzug wird ein besonderes Wort gedruckt, in dem er die Bauern auffordert, das rote Heer mit Lebensmitteln zu versorgen.

Noch keine Rückkehr der deutschen Gefangenen.

Gegenüber den Meldungen, die von einer baldigen Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen sprechen, wird dem L. N. M. aus Berlin berichtet: Es ist anzunehmen, daß in Paris zwischen den Militären Verhandlungen über die Rückführung der Kriegsgefangenen angeknüpft wurden, die aber bisher zu keinem Erfolg gelangt sind. Die erwähnte Mitteilung des englischen Oberkommandos ist dem deutschen Generalstabsoffizier verfaßt und in unverständlicher Form weitergegeben worden. Es ist nicht anzunehmen, daß von englischer Seite eine Sondermaßnahme in der Gefangenensfrage getroffen wird. Die Entscheidung über die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen dürfte vielmehr von den Militären gemeinsam getroffen werden. Die ersten Nachrichten über die angebliche Heimkehr der deutschen Gefangenen haben bedauerlicherweise Hoffnungen erweckt, die sich als trügerisch erweisen. Sie sind im ersten Augenblick auch durch Aenderungen des Reichspräsidenten Obergeordnet worden, die ohne genaue Kenntnis der wirklichen Lage getan wurden. Auch dem L. N. wird aus Bad Homburg mitgeteilt: Der Stab der Gruppe Rhein erhielt heute vormittag die Mitteilung, daß der angelegte Abrückmarsch der deutschen Kriegsgefangenen vom Dorsen in Altkirchensruh nicht erfolgt ist. Somit bleibt die Gefangenensfrage einmüßig auf dem bisherigen Stand.

Mobilisierung des serbischen Heeres gegen Rumänien.

Saga, 27. Aug. (Eig. Drahtnachricht.) Das rumänische Kabinett hat die auf der Friedenskonferenz vorgelegene Teilung des Banats zurückgewiesen. Die Serben haben demzufolge die Mobilisierung ihres gesamten Heeres angedeutet.

Die Wahlen zum Arbeiterrat.

Vor wenigen Tagen hat der Zentralrat der Deutschen Arbeiterräte eine "Wahlordnung" für die Neuwahl von Arbeiterräten" erlassen, die einige Verwunderungen erregen muß. Offenbar findet auch der Zentralrat seine Wahlordnung im jetzigen Stadium der Entwicklung einigermaßen sonderbar, denn um die Neuwahl schmachvoller zu machen bemerkt er selbst ausdrücklich: Die Neuwahl von Arbeiterräten auf Grund der Wahlordnung des Zentralrats richtet sich nicht gegen die Reichsverfassung bzw. gegen die seitens der Reichsregierung zu treffenden Maßnahmen zur Durchführung des Artikels 165 der Reichsverfassung. Die neu gewählten Arbeiterräte sind zu berufen, eine Brücke zwischen dem gegenwärtigen und dem zu erwartenden verfassungsmäßigen Zustand auf dem Gebiete der Räteorganisation zu bilden.

Dies offenbar sich wieder einmal die Konfusion, die sichtbarste Zeichen des Zentralrates ist, der nie Zeit zur Verantwortung von Briefen von Arbeitervertretungen hat und der seine eigenen Mistaken ganz nach der Konjunktur verändert. Nieher hatte der Zentralrat immer wieder verkündet, daß Arbeiterräte-Wahlen nicht erst festgelegt werden sollen, bis ein Arbeitsplan für die Arbeiterräte geschaffen worden ist. Auf diesen Arbeitsplan warten die Arbeiterräte seit den Wintermonaten vergebens. Die Folge war, daß sie sich in wilder Eile betätigen, ohne ein richtiges ordnungsgemäßes Arbeitsgebiet zu besitzen. Sie suchten "nach Arbeit, um ihre Existenzberechtigung zu erweisen und greifen dabei in fremde Rechte und Pflichten ein. Dabei gab es selbstverständlich zwischen den Arbeiterräten der einzelnen Städte keine Ueberbestimmung. Jetzt löst der Zentralrat sein Versprechen immer noch nicht ein, sondern erläßt vorerst eine "Wahlordnung", ohne sich nach wie vor klar zu sein darüber, welches die ordnungsgemäße Arbeitsgebiete für die neu zu wählenden Körperlichkeiten sind. Denn was heißt: "Die neu gewählten Arbeiterräte sind zu berufen, eine Brücke zwischen dem gegenwärtigen und dem zu erwartenden verfassungsmäßigen Zustand auf dem Gebiete der Räteorganisation zu bilden"? Herr, dunkel ist der Rede Sinn! Die Ausarbeitung der Neuwahlen ohne gleichzeitige Benennung des Arbeitsgebietes der Arbeiterräte ist denn auch nichts weiter als ein Wettlaufen mit dem kommunikativen Berliner Pumpisollzugst, der bekanntlich Neuwahlen aus eigenem Recht ausgeschrieben hat. Der Zentralrat befürchtet, daß die kommunikativen Neuwahlbewegung größeren Umfang annehmen könnte und deshalb fest auch er sich nach monatelangen Zaudern in Bewegung!

Das ist der nähere Tatbestand, der keinen Zweifel darüber läßt, daß das Vorgehen des Zentralrates ein völlig ungelegentliches ist. Mit Recht schreibt selbst die "Sozialist. Korr.", daß man nicht einsehen vermag, was diese Ausbreitung der Neuwahlen solle. Die Arbeiterräte waren Organe der Revolution und lebten als solche aus eigenem Recht. Der erste und zweite Rätekongreß beschlossen mit überwältigender Mehrheit die Einberufung der Nationalparlamentarische, Ihre Anerkennung als höchstes Organ. Von diesem Augenblick an hatten die Arbeiterräte die revolutionäre Eigenrecht mehr, sondern waren der Gesetzgebung der demokratischen Körperlichkeiten unterstellt. Das ist der springende Punkt. Seitdem wir eine Verfassung haben, hängt auch der Zentralrat in der Luft! Das muß einmal klar und deutlich ausgesprochen werden. Er ist praktisch nicht anders als eine Nebenregierung, wenn auch keine sonderlich tatkräftige. Diese Nebenregierung erläßt jetzt Verordnungen für einen großen Teil der Bevölkerung unter Hülfsleistung der Duldung der allein rechtmäßigen Regierung. Wenn viele da nicht der alte Vers ein: "Auf dem Dache sitzt ein Greis, der sich nicht zu helfen weis". Die Regierung läßt sich ihre wichtigsten Rechte aus der Hand nehmen ohne ein Wort auch nur des leisesten Protestes! Ist das aber auch noch eine Regierung?

Und was sollen die Arbeiterräte jetzt? Als Arbeitsgebiete, die für die Arbeiterräte irgendwelche in Frage kommen könnten, sind weggefallen. Jammern wieder ist gefragt worden, daß die Arbeiterräte keine politische Macht, sondern nur wirtschaftspolitischen Einfluß haben wollen. Die Durchsetzung der Wirtschaftsdemokratie soll aber doch Sache der Reichsbehörde sein! Es sind es, die dem Arbeit-

werden ö. 86 Pfennig, 34 mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. bezahlt u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Ref. 62 bis 32 mm br. Millimeterzeile 10 Pf. Anzeigen-Annahmestellen: 10 Pf. 11 bis, für die Sonntags-Dr. 25 bis 6 Uhr. Abbestellungen, sofort anzufügen, müssen schriftlich erfolgen. Erscheinungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftl. u. handschriftliche Bestellungen: Halle, Neue Promenade 15. Dr. Brandhauert, 17. Neben-Besetzungsstelle, 1. Markt 24 und Große Ulrichstr. 32.

Erlaubnis bekommen, daß in den Afrika gehen das drittel

Hindenburg gegen Bethmann Hollweg.

Veröffentlichung eines weiteren Briefes des Generalfeldmarschalls. — Warum Hindenburg gegen Bethmann Hollweg auftrat. — Die damaligen Forderungen Hindenburgs.

nchmer größere wirtschaftliche Rechte führen sollen. Die Vorlage über die Schaffung der Betriebsräte liegt der Nationalversammlung vor und es besteht kein Zweifel darüber, daß die Vorlage, wenn vielfach auch mit einigen Änderungen, Gesetz werden wird. Die Betriebsräte sind dann eine gesetzmäßige, die Zentralräte auf Grund der Wahlordnung des Reichstages eine wilde oder ungelegmäßige Einrichtung. Wird die vom Reichtrat ausgesprochene Wahl tatsächlich durchgeführt, dann ist das nicht nur ein Schlag für die Regierung, sondern auch ein Sieg gegen die rechtmäßig gewählte Vertretung des deutschen Volkes, gegen die Nationalversammlung. Was wird sie zu dem Auftreten des Zentralrates sagen? Wird auch sie sich die konfuse Regierung des Herrn Max Cohen-Henk gefallen lassen?

Und endlich: Um die Konfusion voll zu machen, hat der Zentralrat ein Betriebsabstufungssystem ausgearbeitet, das eine weitgehende Entregung der Angestellten bringt und das schließlich dasselbe Resultat zeitigen dürfte, welches die Wahlen zum Betriebsrat selbst bringen werden. Also zwei gleichmäßigen zusammengelegte Körperchaften mit zweierlei Rechten und Pflichten! Trotz dieser Nachteile müssen sich im Hinblick auf die unklare Zukunft auch die nicht sozialdemokratischen und nicht kommunistisch gestimmten Arbeiter und Angestellten mit aller Kraft an den rein ausgeprägten Wahlen beteiligen, schon um nicht neue Parteigänger der U. S. P. D. und S. P. entstehen zu lassen. In diesem Schritt sind alle Nichtsozialdemokraten einfach im Interesse der Allgemeinheit gezwungen, wenn die Regierung nicht selbst Mannhaftigkeit genug zeigt, um hier Klarheit und Ordnung zu schaffen. Aber eines ist dabei klar: Die Beteiligung aller Nichtsozialdemokraten an diesen ungeseligen Wahlen geschieht auf Kosten des gewöhnlich nicht allzu großen Ansehens der Regierung Bauers!

Generalversammlung des Gewervereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands.

Offen, 25. Aug. Nach der gestern abend gehaltenen 25jährigen Jubiläumssitzung begann heute vormittag im hiesigen Saalbau die 15. Generalversammlung des Gewervereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands.

Es wurde einmütig folgende Entschlußfassung angenommen: Die 15. Generalversammlung des Gewervereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands nimmt mit Betriedigung Kenntnis von den vielen großen Erfolgen, die durch die Tätigkeit des Gewervereins in der Bergbauwelt erzielt wurden. Besonders dankbar erkennt die Generalversammlung an, daß endlich die lange geforderte Gleichberechtigung der Bergarbeiter erstrebt wurde. Belles Bestreben hat die Generalversammlung auch für die gegenwärtig unheilvollste Kohlennot. Die Bergleute erklären sich bereit, alles daran zu setzen, um diese große Notlage beseitigen zu helfen.

Anschließend erforderlich ist aber hierfür, daß die Lage der Bergarbeiter weiter verbessert und die berechtigten Wünsche der Bergarbeiter sofort erfüllt werden. Der Bergmann darf, weil seine Arbeit so schwer, gefährlich und gesundheitsgefährlich ist, in seinen Löhnen, Arbeits- und Pensionsverhältnissen nicht mehr hinter anderen Arbeitern zurückbleiben. Insbesondere fordert die Generalversammlung, daß auch in diesem Jahre ein Bergarbeiter ein Urlaub gewährt oder um mindestens eine gleiche Entschädigung bei Nichtgewährung des Urlaubs gestellt wird.

Ein Tarifvertrag

auch mit den vier Bergarbeiterverbänden unbedingt spätestens bis 1. Oktober d. J. für jedes Berggebiet abgeschlossen werden. Es sind von der Regierung, den Bergbehörden und Werkleuten alle technischen Vorbedingungen zu schaffen, daß bis 1. Januar 1920 im unterirdischen Bergbau die sechs Kundensicht angeführt werden kann. Den Bergarbeitern müssen Lebensmittel, Kleidung und Schuhe ausreichende und billiger geliefert werden. Ebenso ist Mehrlieferung von Reis und Reisbrot dringend nötig. Die Generalversammlung appelliert an das Geschehniß und den Bewußtsein der Bergarbeiter, keine Unbereitschaft in anderen Berufszweigen zu verfahren. Sie warnt vor der Regierung und den Bergbehörden Maßnahmen, die eine berufsbedingte Beschäftigung der Bergarbeiter verhindern.

Unethischer Terror.

Auf einer Konferenz sozialdemokratischer „Mäe“ führte ein Redakteur Erwin Barth aus:

In den Hemmisdorfer Fabriken sind gestern die Arbeitswilligen von den Zerewilligen mit der Drohung aus dem Werkstätten vertrieben worden: Wer nicht in einer halben Stunde die Hude verlassen hat, dem wird der Schädel eingeschlagen! (Große Bewegung.) Durch Einschleusen eines 3000 Volt starken Stromes hat man Arbeitswillige in höchste Lebensgefahr gebracht. (Stürmische Entrüstung.) Wir haben früher zu viel Polizei gehabt. Jetzt aber haben wir zu wenig an Polizei, um Leib und Leben des einzelnen zu schützen. Die Mittelklasse, die wir einschließen müssen, wenn es notwendig ist, mit Polizeistellen gegen Fies und rechts gestellt werden. Wenn nicht die Partei ist das Schicksal, sondern unser Volk. (Stürmischer Beifall.)

Italienische Gegner des Versailles Vertrages.

Nach dem „Vorwärts“ hat der Nationalist der italienischen Sozialpartei eine Tagesordnung angenommen, in der es heißt gegen die Ratifikation des Versailler Friedensvertrages werden und damit die Gegnerschaft gegen den Gewaltfrieden erklärt.

Deutsches Reich.

Erzberger bei Seidemann.

Berlin, 27. August. Kurt „Lof. An.“ ist Reichsfinanzminister Erzberger in St. Moritz eingetroffen, wo sich auch Herr Seidemann befindet.

Denkschrift.

Die Heer und Volk in Kriegs geschlossen zusammenleben müssen, so müssen auch die Kriegsführung und Oberleitung unbedingte gemeinsame Wege gehen. Anderer was die bisher nicht der Fall. Ich will die Tatsachen aufzählen, die mich mehr und mehr gezwungen haben, gegen die Reichsführung Stellung zu nehmen oder auf ihre Maßnahmen eine gewisse Brand auszusprechen. Ich beschränke mich daher auf eine Zusammenfassung in Gruppen von Forderungen.

1. **Vornahme wichtiger außenpolitischer Schritte ohne genügende Einverständnis mit D. S. P.,** obwohl das militärische Interesse an diesen Schritten bedeutend war: So die gegen die Neutralität hinsichtlich der Ein- und Ausfuhr, eigenmächtige Behandlung von militärisch wichtigen Fragen, z. B. hinsichtlich der Sicherung von Kohle an Neutralen, obwohl Kohle als Kriegsmaterial anzusehen ist.

2. **Die humanitäre Haltung und der passive Widerstand beim rücksichtslosen U-Boottreiben.**

Dieses Schwanken hat uns gegenüber den Neutralen und den Vereinten Staaten sehr geschadet.

3. **Abwägung der Verantwortung bei Mikarissen (Volentege, unangewiesene Befehlsführung deutscher Arbeiter) auf D. S. P.,** die in der Öffentlichkeit zeitweise allgemein als Schuldige in diesen Fragen angesehen wurde. Da diese Auswärtigen nur aus unrichtigen Kreisen kommen können und von hier gewiß nicht ausgingen, so müssen sie von Unterorganen der Regierung verdrängt sein.

4. **zu spät und zu wenig tatkräftiges Eingreifen bei inneren Schäden,**

a) auf dem Gebiet der:

- a) Ernährungspolitik,
- b) Energie für Heizung der Produktion (Kraftwerke, Elektrizität, Straßenbeleuchtung),
- c) Transportfrage,
- d) Rohlenlage,
- e) Ungenügende Ausnutzung unserer Volkskraft. Auf Drängen des D. S. P. endlich Einbringung des Hilfsdenkgesetzes, das jedoch durch Nachlässigkeit dem Reichstag gegenüber zu einem außerordentlich schädlichen Gesetz wurde.

5. **Verlegen jeder Ausnutzung im Volk.**

6. **Fehlen einer gleichwertigen Zeitung im Innern.**

Der folgende Vorwurf! Die unübersehbaren Folgen sind:

- a) Demoralisierung (Wauer, Gaußkraft), Verwirrung der Begriffe von Recht und Pflicht,
- b) Bestimmungslosigkeit,
- c) Verkommen in Alltagsorgen und Pflichten jedes Verdienstes für Größe und Ernst der Zeit,
- d) Pflichtvergessenheit (Streits).

Das Wahlergebnis zum Lübecker Landesausschuss.

Lübeck, 27. Aug. In den Lübecker Landesausschuss wurden nach dem „A.-M.“ gewählt: 11 Mehrheitsparteiern, 8 Deutsch-nationale, 6 Demokraten und ein Unabhängiger. Gegen die letzten Wahlen vom 23. Februar gewonnen die Deutsch-nationalen 1100 Stimmen, die Deutsche Volkspartei 150, wogegen die Demokraten 827 Stimmen verlor und die beiden sozialistischen Parteien 1854 Stimmen einbüßten.

Die Hebe der „Freiheit“.

Berlin, 27. Aug. Nach dem „Parlament. Volkst. Nachr.“ ist die Nachricht der „Freiheit“, daß am Sonnabend Schutzhaftbefehle gegen die Führer des Kampfbundgenossen Ernst Däumig, Richard Müller usw. erlassen worden seien, unwahr.

Neue Steinkohlenvorkommen.

Aus Bielefeld meldet das „A. L.“, daß am Nordhang des Teufelburger Waldes ein abbaufähiges Steinkohlenvorkommen festgestellt worden ist. Ferner werde die Wiederbetriebnahme der 1884 stillgelegten Zeche Friedrich Wilhelmshöhe bei Dornberg (Kreis Bielefeld) geplant. Auch der Abbau der hier anstehenden Kohlenfelder, die sich bis nach Osnabrück erstrecken, werde endlich erzwungen.

Ein deutscher Polizeibeamter von einem englischen Soldaten ermordet.

Die das „Weltdeutsche Tageblatt“ von vertraulicher Seite erzählt, ereignete sich Ende voriger Woche in einer Straße in Aden am hellen Tage ein Mordverbrechen eines englischen Soldaten auf einen deutschen Polizisten. Ein deutsches Mädchen ging mit einem englischen Soldaten und einem Sergeant über die Straße. Als die drei an einem Polizeibeamten vorüberkamen, bemerkte das Mädchen zu seinen Begleitern, der Polizist habe es einmal wegen Verwehrens mit Engländern angeklagt. Darauf sei der Soldat seinen Revolver und das Mädchen die Pistole gezogen. Er zerschlug den Kopf des Sergeanten mit seinem Gewehr und schlug den Polizeibeamten mit seinem Gassenstein, während der Mörder noch nicht ermittelt werden konnte. Trotz ständiger Zeugen durften die Kölner Wächter den Mord bisher nicht veröffentlichen!

a) politische Forderungen (die an sich nur auf dem Wege der bisherigen leitenden Persönlichkeiten beruhen, aber diese nicht geeignet sind, grundständig zu helfen),

b) Schädigung des Ansehens der Monarchie (Ab-schließen des Kaisers übertragene Stellung der Kabinette, Tränenlächer zu Gesichtsbildungen usw.),

c) Aufzucht der Presse. Einschränkung nur auf einige Leitende Briefsteller etc.

Insgesamt hatten all diese Umstände mich die Überzeugung gebracht, daß wir trotz militärischer Erfolge unglücklich dem Abgrund zugingen und deshalb müde ich pflichtgemäß bei Seiner Majestät gegen Herrn v. Bethmann Hollweg auftrat.

Ich habe lange geögert, da ein derartiges Geschehen aus meinem Willenskreis gegen eine einzelne Person mich schwerer anzuregen könnte, als ich es nunmehr empfinde habe, in Fragen, die mich berühren, ausgeschaltet zu werden, oder in solchen, an denen ich unschuldig war, als schuldig hingestellt zu werden, ist auch im Interesse der Sache wohl erklärlich. Das umgekehrte die Reichsführung meine Interessen in den Fragen, z. B. in Ernährungsfragen, Rohlenfragen, Produktionssteigerung usw., als Eingriffe in den Volkswirtschaft, welche ich, aber erstens war es nötig, wenn es gelang sonst eben nichts oder nichts Inzuerstehendes. Zweitens aber war das militärische Interesse bei allen diesen Dingen doch zweifellos vorhanden. Die

Auflicht, daß Politik und Heerführung sich trennen lassen, war schon immer festlich, sie ist grundbedingt in einem Kriege, an dem das ganze Volk mitarbeitet. Ich hätte also nur dann sämigen können, wenn die Reichsführung so sich alles selbst hätte getan hätte. Der Vorwurf, der mir nicht geht, gegen mich erhoben ist, daß ich ganz allgemein eine Mißbilligung der Reichsführung von D. S. P. anträte, ist falsch. Ich wäre der erste gewesen, der mit einer gleichwertigen Reichsführung zusammengegangen wäre. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß, falls Euer Gegenstand den einen oder anderen der oben erwähnten Punkte nachprüfen wollen, Euer Exzellenz Vertreter jederzeit Einblick in die hiesigen Akten erhalten kann. Sofern es Euer Exzellenz nötig erscheint, bitte ich sogar darum, alle diese Punkte zeitlos klarzustellen. Dies kann nur das gegenseitige Vertrauen fördern.

Nachdem nun Euer Exzellenz die Reichsführung übernommen haben, betone ich nochmals, daß Heer und Volk zusammengehören, so auch die beiden leitenden Stellen auszusprechen arbeiten und Vertrauen miteinander haben müssen. Wie dies Vertrauen bei mir besteht, ist klar, es auch bei Euer Exzellenz voraus. Es ist aber auch nötig, daß die unterstellten Organe jederzeit im gleichen Sinne arbeiten. Mir besonders mißsamenswert hätte ich diese mündliche Aussprüche sowohl zwischen Euer Exzellenz und mir, wie zwischen unsern Unterorganen.

Eine Regelung folgender Fragen, über welche Euer Exzellenz die Entscheidung haben, an denen aber auch ich ein militärisches Interesse habe, halte ich für besonders dringlich:

1. **Auslastung der Leistung der Presse,**

2. **Mehrerenstädtlichkeit im Volk (Schule, Geistlichkeit, Abgerechnete, Soldaten aus der Front),**

3. **Sicherstellung der Streitkräfte in der Kriegsindustrie,**

4. **Erhaltung aller Arbeitskräfte und Ertrag der Volkswirtschaften in den Fabriken, (Wanderung und Erweiterung der Hilfsindustrien, Wohnwagen gegen Straß),**

5. **Einrichtung der Schienenfahrwege für Post, Heer und Hilfsindustrien (Erhöhung der Förderung, Transportfrage, Einleitung der Kohlen auf die verschiedenen Bergbauzweige),**

6. **Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung für Heer und Volk.**

Ausland.

Pariser Berichte über die Armeniergrenze.

Jülich, 27. Aug. (Ein Drahtnachricht.) Der „Corriere della Sera“ meldet aus Paris: Die offizielle Interkommunale hat die Berichte über die Armeniergrenze im Jahre 1915 abgeschlossen. Danach sind 75 000 Armenier durch das Norden der türkischen Behörden um Leben gekommen, 70 000 haben auf der Flucht ihr Leben eingebüßt.

Aus der demokratischen Bewegung.

Friedrich Naumanns Tod.

Gestern wurde die Leiche Friedrich Naumanns ohne besondere Feierlichkeiten nach Berlin übergeführt. Dem Sarge, geschmückt mit den Kränzen der Angehörigen, der Deutschen demokratischen Partei und der Ortsgruppe Trauende, folgten die Witwe, die Schwester, der Bruder des Verstorbenen und wenige Freunde. Die Leiche wurde in einem dem D-Zuge angehängten Sonderwagen befristet.

Die sächsische Regierung hat an die Witwe Friedrich Naumanns folgende Beileidsfundebung gerichtet: Frau D. Naumann, zuerst Trauende. Den ob Ihres Herrn Gemaltes beklagt auch die Regierung des Reiches tiefen Schaden aus tiefster und verliert die ihrer aufrichtigen Anteilnahme an dem schweren Verluste, der Sie durch sein Ableben betroffen hat. Siedle von Geburt, hat Ihr verdienstvolle Gatte auf sächsischen Schulen den Grund seines Wissens gelegt. Der Realismus, der sein Herz alle Zeit durchglüht, gab seinem Streben die hohe ethische Kunst, die sein gesamtes Wirken zum Segen unseres Vaterlandes kenn-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190827031/fragment/page=0002

Universitäts-Frankfurt a. M.

Normales Wintersemester beginnt nicht 1. Oktober, sondern 23. September und endet 31. Januar. — Anschließend im Bedarfsfall Frühjahrs-Zwischensemester. Vorlesungsverzeichnis versendet Buchhandlung Blazek & Bergmann Frankfurt a. M., (Postcheck-Konto 11740) gegen Vorauszahlung von 90 %.

A 3945

Die in diesem Heft enthaltenen Artikel sind Eigentum der Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt. Nachdruck ist ohne Genehmigung der Bibliothek nicht gestattet.